

17. Sitzung der BfR-Kommission Risikoforschung und Risikowahrnehmung

Protokoll vom 17. Mai 2019

Die BfR-Kommission „Risikoforschung und Risikowahrnehmung“ berät als ehrenamtliches und unabhängiges Sachverständigen-gremium das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) in Fragen der Planung und Durchführung von Projekten in der Risikowahrnehmungsforschung im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes. Des Weiteren unterstützt die Kommission die Durchführung und Evaluierung von zielgruppenspezifischen Kommunikationsmaßnahmen und die Etablierung von Risikofrüherkennungssystemen. Mit ihrer wissenschaftlichen Expertise berät die Kommission das BfR und kann dem Institut im Krisenfall als Expertinnen- und Expertennetzwerk zur Seite stehen.

Die Kommission besteht aus elf Mitgliedern, die für einen Turnus von vier Jahren über ein offenes Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren berufen wurden und sich durch wissenschaftliche Expertise auf ihrem jeweiligen Fachgebiet auszeichnen. Die Kommissionmitglieder sind zur Verschwiegenheit gegenüber Dritten und zur unparteilichen Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet. Eventuelle Interessenkonflikte zu einzelnen in der Sitzung behandelten Tagesordnungspunkten (TOPs) werden transparent abgefragt und offengelegt.

Aus dem vorliegenden Ergebnisprotokoll geht die wissenschaftliche Meinung der BfR-Kommission hervor. Die Empfehlungen der Kommission haben allein beratenden Charakter. Die BfR-Kommission selbst gibt keine Anordnungen und keine Gutachten heraus und ist dem BfR gegenüber auch nicht weisungsbefugt (und umgekehrt) oder in dessen Risikobewertungen involviert.

Am 17. Mai 2019 kamen die Mitglieder zu ihrer dritten Sitzung in der Sitzungsperiode 2018-2021 zusammen.

TOP 1 Begrüßung und Annahme der Tagesordnung

Der Geschäftsführer der BfR-Kommission begrüßt die anwesenden Mitglieder. Die vorgeschlagene Agenda für die aktuelle Sitzung wird einstimmig angenommen. Die weitere Leitung der Sitzung wird satzungsgemäß von dem Kommissionsvorsitzenden, Herrn Prof. Böschen, übernommen.

TOP 2 Erklärung zu Interessenkonflikten

Der Geschäftsführer fragt mündlich und schriftlich ab, ob Interessenkonflikte zu einzelnen Tagesordnungspunkten oder speziellen Themen bestehen. Die Mitglieder geben an, dass diesbezüglich keine Interessenkonflikte vorliegen.

TOP 3 Berichte der Kommissionsmitglieder zu aktuellen Aktivitäten und Informationen im Bereich der Risikoforschung und Risikokommunikation

Frau Dr. Gabbert berichtet über ihre aktuellen Aktivitäten im Bereich des Risikomanagements. Sie beschäftigt sich insbesondere mit der Ökonomie von besorgniserregenden Stoffen und berichtet in diesem Zusammenhang über eine Evaluation von REACH-Beschränkungsverfahren. Konkret handelt es sich um eine sozioökonomische Analyse der Genehmigungs- und Beschränkungsverfahren von Polybutylenterephthalaten (PBT). Hier

werden 60 verschiedene Ansätze zu Beschränkungsverfahren auf ihre Kohärenz hin evaluiert. Des Weiteren berichtet Frau Dr. Gabbert von einer Dissertation, die sich mit Risiken des Ressourcenmanagement in Afrika befasst. Das Forschungsprojekt mit dem Titel „*Capitalizing the inland valley potential for food and nutrition security for smallholder farmers in West Africa (CIPA)*“ analysiert die Möglichkeiten der Nutzung des Binnenlands für die Ernährungssicherheit von Kleinbauern in Westafrika.

Frau Dr. Seitz beschäftigt sich aktuell mit den Themen Innovationsmanagement und Wissensmanagement an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Frau Dr. Seitz konstatiert, dass der Wissenstransfer als fester Bestandteil in die Grundstrukturen der Universität integriert werden soll. In diesem Zusammenhang berichtet Frau Dr. Seitz, dass bislang der strategische Fokus der Universität insbesondere auf der Exzellenzförderung liege und die konkrete Verwertbarkeit und der Transfer der Forschungsergebnisse in die Mitte der Gesellschaft eine nachgeordnete Stellung einnimmt. Um die gesellschaftliche Relevanz von Forschung sichtbar und neue wissenschaftliche Erkenntnisse zugänglich zu machen, sollte der Transfer von Wissen eine Priorität für die Universität darstellen und entsprechende Anreizsysteme für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geschaffen werden. Letztere stünden insbesondere unter hohem Publikationsdruck. Explizit gilt es, Kommunikationskonzepte zu entwickeln mit konkreten Vorschlägen für eine konkrete Zielgruppenansprache. Außerdem gilt es, die Zusammenarbeit auf den Ebenen Politik, Ministerien und Universitäten zu verbessern.

Frau Dr. Jenny berichtet von ihren aktuellen Forschungstätigkeiten am Harding-Zentrum für Risikokompetenz des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung. Dabei interessiert sie sich insbesondere für die medizinische Entscheidungsfindung und Risikokompetenz als auch für digitale Gesundheit und für eine adäquate Aufklärung der Öffentlichkeit. Derzeit ist sie in den Relaunch des BfR-Risikoprofils (VisRisk) involviert. Ferner berichtet Frau Dr. Jenny von dem durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) geförderte Projekt RisikoAtlas, welches das Ziel verfolgt, ein evidenzbasiertes digitales Werkzeug zur Unterstützung von Verbraucherinnen und Verbrauchern im Umgang mit Risiken und Unsicherheit zu entwickeln. Konkret sollen Instrumente (digitale Tools, Apps) entwickelt werden, die das Verständnis von Risiken erleichtern und somit für die Öffentlichkeit als Entscheidungshilfen fungieren könnten.

Darüber hinaus verweist Frau Dr. Jenny auf eine Konferenz, die im Juli in Potsdam stattfinden wird. Unter dem Titel „The mystery of risks: How can science help reconcile perception and assessment?“ wird es vor allen Dingen um die Rolle der Risikowahrnehmung und den Umgang mit Risiken in einer zunehmend komplexeren Welt gehen. Ferner thematisiert Frau Dr. Jenny, dass das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung auch auf der Langen Nacht der Wissenschaften 2019 unter dem Motto „Wir denken Bildung weiter“ vertreten ist.

Frau Christiane Pölzl-Viol berichtet von aktuellen Tätigkeiten des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS). Im Themenbereich der Risikowahrnehmung wird derzeit eine Studie zu den Möglichkeiten des Einsatzes von Nudging im UV-Schutz durchgeführt. Ziel dieses Vorhabens ist es, Maßnahmen basierend auf dem Nudge-Ansatz zu entwickeln, so dass Bürgerinnen und Bürger sich vor UV-Strahlung schützen. Ferner berichtet Frau Pölzl-Viol über ein Forschungsprojekt zum Thema Kommunikation von Messergebnissen. Konkret gilt es zu untersuchen, inwieweit zielgruppenspezifische Kommunikationsformate und ein spezifisches Informationsniveau Einfluss auf das Verständnis von Messergebnissen haben. Es befindet sich derzeit in der Ausschreibung. Frau Pölzl-Viol verweist auf eine Umfrage zum Kenntnisstand von Strahlungen. Ende November feiert das BfS 30-jähriges Jubiläum. Die Ergebnisse der Umfrage sollen zu diesem Anlass präsentiert werden. Im Themenbereich Radon ist ein Workshop mit Kommunikationsexpertinnen und -experten im November in Potsdam geplant.

Aus dem Workshop und der Expertendiskussion soll ein Empfehlungspapier resultieren. Frau Pözl-Viol erläutert, dass in naher Zukunft ein weiteres Forschungsprojekt zum Nutzen von Chatbots in der Krisenkommunikation geplant ist. Ferner berichtet Frau Pözl-Viol zum aktuellen Forschungsstand von 5G. Das BfS verfolgt die Planungen zur Einführung von 5G, vergibt Forschungsvorhaben zur Darstellung der [Exposition](#) und möglichen biologischen Wirkungen neuer Frequenzbereiche und wird auch diese Technologie aus Sicht des Strahlenschutzes bewerten.

Herr Prof. Ruhrmann berichtet von der Evaluation des Dialogformats „Public engagement of science“. Die Evaluierung umfasst zwei Artikel, die sich derzeit im Review befinden. Ferner berichtet Herr Prof. Dr. Ruhrmann über diverse Artikel im Bereich der Risikokommunikation und Wissenschaftskommunikation, die sich derzeit in Bearbeitung befinden. Ein Drittmittelprojekt zum Thema *Wissenschaftliche Evidenz in der Öffentlichkeit* befindet sich in der Vorbereitung.

Der Kommissionsvorsitzende, Herr Prof. Böschen, berichtet von einem neuen Masterstudiengang zum Thema Governance von Technologie und Innovation. Ziel des Masterstudienganges ist die Vermittlung von Wissensstrukturierungsmechanismen für verschiedene Entscheidungssituationen. Der Studiengang eignet sich auch zum Aufbau eines Expertinnen- und Experten-Netzwerkes mit wichtigen Partnerinnen und Partnern, um durch den Wissensaustausch Entscheidungsprozesse zu erleichtern und eine Plattform für das Zusammenspiel von Öffentlichkeit und Wissenschaft zu schaffen. Ferner berichtet Herr Prof. Böschen von einer Frühjahrstagung des Leopoldina-Zentrums für Wissenschaftsforschung zum Thema „Wissenschaft in der Verlässlichkeitsfalle? Praktiken der Konstruktion von Relevanz und Neutralität“, bei der Herr Prof. Böschen mit der wissenschaftlichen Leitung beauftragt war. Die Veranstaltung brachte unterschiedliche Expertinnen und Experten zusammen, die sich in ihren Vorträgen den zentralen Fragen der Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit wissenschaftlichen Wissens in Zeiten postfaktischer Politik widmeten.

Herr Dr. Gzásó berichtet von seinen aktuellen Forschungsaktivitäten am Institut für Technikfolgenabschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Er erläutert, dass das NanoTrust-Projekt bis mindestens zum Jahr 2020 verlängert wurde. Das Forschungsprojekt verfolgt das Ziel der Bereitstellung von verlässlichen und wissenschaftlich fundierten Informationen zu sicherheits- und risikorelevanten Themen rundum Nanomaterialien. Mit der Verlängerung geht eine inhaltliche Erweiterung in den Bereich komplexer Nanomaterialien einher, insbesondere in den Bereich des Life-Cycle-Assessments (LCA). Des Weiteren widmet sich Herr Dr. Gzásó seiner Tätigkeit als beratendes Mitglied in der Österreichischen Nanoinformationskommission (NIK). Die Kommission berät die Bundesregierung in Fragen der Nanotechnologie. Ferner berichtet Herr Dr. Gzásó über einige EU-Projekte, insbesondere im Kontext von Risikowahrnehmung von Nanomaterialien. Das EU-Projekt Nano2Roll ist beendet, Ergebnis des Projektes sind Handlungsempfehlungen zur Risikokommunikation. Das Projekt GoforNano (GOV4-Nano) in Kooperation mit der Universität Maastricht und der Universität Potsdam verfolgt das konkrete Ziel, die Ausstattung des Vorsorgeprinzips anhand von sechs Fallbeispielen zu analysieren. Das Projekt, welches gerade begonnen wurde, ist auf drei Jahre angesetzt.

TOP 4 Reputationsmanagement Teil 2: Allgemeine Maßnahmen zur Reputationssteigerung des BfR

Ein Mitarbeiter der Fachgruppe Krisenprävention und -koordination stellt in einem Vortrag das Stakeholder- und Reputationsmanagement am BfR vor. In seinem Vortrag zum Thema

„Reputationsmanagement am BfR – Beschreibung des Ist-Zustandes und Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung“ stellt der BfR-Mitarbeiter die Datengrundlage, das methodische Vorgehen und im Anschluss erste Teilergebnisse vor. Ferner werden Handlungsempfehlungen für die Verbesserung des Reputationsmanagements am BfR vorgestellt. Anhand von zentralen Fragen soll die Verwertbarkeit der Ergebnisse mit den Kommissionsmitgliedern erörtert werden. Hierfür teilen sich die Kommissionsmitglieder in zwei Kleingruppen auf.

Die Ergebnisse der Kleingruppendiskussionen werden jeweils von Rapporturen im Plenum zusammengetragen. Es wird argumentiert, dass ein wesentlicher Aspekt zur Reputationssteigerung die Nahbarkeit der Wissenschaft ist. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler könnten sich als Ansprechpartner zur Verfügung stellen. Ferner sollten die Öffentlichkeit und weitere Stakeholder an die Arbeitsweise des BfR herangeführt werden. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, so die Kommissionsmitglieder, dass mangelndes Verständnis und unzureichende Transparenz der Arbeitsweise sich reputationsschädigend auswirken könnten. Die BfR-Arbeitsprozesse nachvollziehbar darzustellen, wirkt der Verunsicherung der Öffentlichkeit entgegen und trägt zum Erhalt der Glaubwürdigkeit bei. Ferner wird konstatiert, dass das BfR sein Netzwerk an Kommunikationspartnern, insbesondere NGOs, weiter ausbauen könnte, um in einen Dialog abseits der traditionellen Medien zu treten. Außerdem wird festgehalten, dass es insbesondere bei medialen Ereignissen schwierig sei, schnelle Entscheidungen zu treffen und kurzfristig Maßnahmen abzuleiten. Die Maßnahmen zur antizipativen Vermeidung von problematischen Situationen seien stark themengebunden. Durch konstante, kontinuierliche und innerbehördlich abgestimmte Risikokommunikation kann die Glaubwürdigkeit gefestigt werden. Bezüglich der Kommunikation von Unsicherheiten wird festgehalten, dass nicht nur Wissen, sondern auch die Empathiefähigkeit bei der Vermittlung von Unsicherheiten und der medialen Positionierung von Führungskräften relevant ist. Es wird auf eine Publikation eines Artikels zum Thema Kommunikation von Unsicherheiten verwiesen.¹

TOP 5 Verstetigung des BfR-Verbrauchermonitors: Weiterführende statistische Analysen und Verwertungsmöglichkeiten

Ein BfR-Mitarbeiter stellt den BfR-Verbrauchermonitor vor. Die repräsentative Bevölkerungsbefragung zu Themen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wird seit 2014 stetig in einem halbjährlichen Modus durchgeführt und publiziert. Das Studiendesign wird kurz vorgestellt. Die Zugriffszahlen seit 2014 für den Verbrauchermonitor werden in einer Grafik dargestellt. Beispielhaft werden einzelne Fragestellungen aus dem Verbrauchermonitor herausgegriffen. Ein zeitlicher Verlauf von Bekanntheit und Virulenz verschiedener Themen des Verbraucherschutzes wird aufgezeigt, ebenso wie die soziodemografischen Daten, die dem Verbrauchermonitor zugrunde liegen.

Im Anschluss wird eine perspektivische Verstetigung und Ausweitung des BfR-Verbrauchermonitors mit den Kommissionsmitgliedern diskutiert. Es wird festgehalten, dass der Verbrauchermonitor in seiner jetzigen Form als Produkt beibehalten werden sollte. Die Resonanz sei sehr gut, und viele Multiplikatorinnen und Multiplikatoren nutzen die durch den BfR-Verbrauchermonitor generierten Inhalte. Auch die halbjährliche Durchführung der Befragung erscheint sinnvoll, da so die Aktualität der Ergebnisse gewährleistet wird. Ferner wird eine mögliche Trennung von BfR-spezifischen und allgemeinen Fragestellungen diskutiert. Es wird festgehalten, dass allgemeinere Fragestellungen große Interpretationsspielräume eröffnen. Für tiefere Erkenntnisse sind diese Fragen zu unkonkret. Hingegen sind die

¹ van der Bles AM, van der Linden S, Freeman ALJ, Mitchell J, Galvao AB, Zaval L, Spiegelhalter DJ. 2019 Communicating uncertainty about facts, numbers and science. R. Soc. open sci.6: 181870.<http://dx.doi.org/10.1098/rsos.181870>.

nicht-spezifischen Fragen häufig von der Öffentlichkeit gut zu verstehen, weshalb sich diese für die Außenkommunikation besonders gut eignen würden. Im Anschluss wird diskutiert, ob die zugrundeliegende Datenarchitektur für weiterführende Auswertungen genutzt werden kann. Konkret wird hier auf die Verknüpfung mit Risikoeinstellungen eingegangen, um die strategische Ausrichtung des Verbrauchermonitors zu erweitern. Ferner wird die Idee diskutiert, ob eine Koppelung an Social-Media-Monitoring sinnvoll erscheine. Es besteht Konsens, dass eine Verknüpfung an eine Medienpräsenz sehr aufwendig sei und der gewonnene Erkenntnisgewinn eher gering ausfalle. Abschließend wird die Option einer Längsschnittstudie diskutiert, die es erlaubt, Veränderungen von Einstellungen und Wahrnehmungen auf Aggregatenebene zu bestimmen.

TOP 6 Relaunch des BfR-Risikoprofils (VisRisk) Teil 2: Vorstellung von Prototypen und eines Studiendesigns für die Evaluation

Eine BfR-Mitarbeiterin stellt den Relaunch des BfR-Risikoprofils vor. Das Projekt wurde bereits bei der letzten Kommissionssitzung thematisiert, entsprechend wird das Projekt lediglich mit den Eckdaten kurz skizziert. In Zusammenarbeit mit dem Harding-Zentrum für Risikokompetenz wurden Prototypen für das neue BfR-Risikoprofil auf Basis einer Literaturanalyse entwickelt und durch interne und externe Zielgruppen evaluiert. Die BfR-Mitarbeiterin stellt die Ergebnisse der Fokusgruppenbefragung vor, die mit Risikomanagerinnen und Risikomanagern durchgeführt wurde. Nachdem die optimierten Prototypversionen des Risikoprofils vorgestellt wurden, erläutert die BfR-Mitarbeiterin die Hintergründe der laborexperimentellen Studie zur Evaluation des neuen BfR-Risikoprofils. Im Anschluss folgt eine Diskussionsrunde, in der die Weiterentwicklung des BfR-Risikoprofils gelobt wird. Es sei eine deutliche Verbesserung zum vorherigen Profil zu erkennen. Das neue BfR-Risikoprofil erscheint mit einem neuen Design, und die Darstellung wirkt anschaulich. Auch die Evaluationsmethode in Form von Fokusgruppenbefragungen wird befürwortet. Die Diskussion thematisiert, inwieweit konkrete Grenzwerte als gesundheitsbasierte Richtwerte für die Verbraucherinnen und Verbraucher verständlich erscheinen. Insgesamt werden die gesundheitsbasierten Richtwerte von den Kommissionsmitgliedern als positiv gewertet, da diese Information eine gute Orientierung für eine tägliche Verzehrmenge bieten kann. Im Anschluss werden einzelne Kategorien im Detail besprochen. Die Kategorie „Kontrollierbarkeit“ wird als irritierend bewertet, da für Verbraucherinnen und Verbraucher der Eindruck entstehen könnte, der Staat sei bislang noch nicht präventiv aktiv. Es wird angeführt, die Kategorie „Qualität der Datenlage“ in der Reihenfolge eher nach hinter zu setzen, da laut der Fokusgruppenbefragung diese Dimension für Verbraucherinnen und Verbraucher keine große Relevanz hat. Hingegen sollte die Kategorie „Zusammengefasst“ des neuen BfR-Risikoprofils eher ins Zentrum des Profils gerückt werden. Es wird argumentiert, dass diese Dimension alle relevanten Informationen enthält und insbesondere in Zeitnot beim Lesen eine Kurzfassung der wesentlichen Ergebnisse an einer zentraleren Stelle des Dokumentes als relevant erachtet wird. Ferner wird der One-Size-Fits-All-Ansatz thematisiert. Konkret geht es um die Entwicklung unterschiedlicher Formate sowohl für Risikomanagerinnen und Risikomanager als auch für Verbraucherinnen und Verbraucher und für die Medien, um die Adressatengerechtigkeit zu wahren. Es wird angeführt, dass in diesem Fall verschiedene Versionen des gleichen Tatbestandes im Umlauf wären. Eine vereinheitlichte Variante erscheint zielführender, um die Gefahr von Verwirrung einzuschränken. Rückfragen zum Selektionsprozess tauchen auf, insbesondere zur Komplexitätsreduktion. Generell wird es als wichtig erachtet, auch den internen Prozess mit den Fachabteilungen effizient zu gestalten, insbesondere wie hier der Filterprozess der Informationen konzipiert wird.

TOP 7 Berichte aus den Fachgruppen zum Status quo aktueller Forschungsprojekte und Aktivitäten in der Risikokommunikation

Eine Mitarbeiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit berichtet über aktuelle Tätigkeiten. Derzeit erhält das BfR eine **Vielzahl von Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG), konkret über die Online-Plattform „FragDenStaat“**. Anhand der Beispiele Pyrrolizidinalkaloide und Glyphosat wird die Problematik der Informationsherausgabe von sensiblen Informationen über die Frag-den-Staat-Plattform illustriert.

Eine Mitarbeiterin der Fachgruppe Krisenprävention und Krisenkommunikation berichtet über laufende Projekte der Fachgruppe. Derzeit befindet sich ein geplantes Projekt im Rahmen der BMBF-Förderrichtlinie „Zivile Sicherheit – Sozioökonomische und soziokulturelle Infrastrukturen“ zum Thema Informationsmanagement und Kommunikation in der Antragsphase. Ferner berichtet die Mitarbeiterin von einem BfR-Drittmittelprojekt in Kooperation mit der Universität Erfurt. Thematisch behandelt das Projekt die Potenziale von digitalen Kommunikationskanälen der Risikokommunikation, insbesondere unter dem Stichpunkt Mobile Health.

Ein Mitarbeiter der Fachgruppe Risikowahrnehmungsforschung stellt aktuell laufende und geplante Projekte für 2019 vor. Zu diesen gehören die BfR-Verbraucherkonferenz zu Genome Editing im Bereich Ernährung und menschliche Gesundheit und eine Online-Befragung zur veganen Ernährung. Im Anschluss geht der BfR-Mitarbeiter detailliert auf die Ergebnisse einer gerade abgeschlossenen Studie zur Risikowahrnehmung von Giften ein, insbesondere zur Thematik von Kohlenstoffmonoxid. Die Ergebnisse werden kurz skizziert und wesentliche Handlungsempfehlungen für die Risikokommunikation herausgestellt.

Im Anschluss stellt eine Mitarbeiterin der Abteilung Risikokommunikation das Projekt „Zielgruppengerechte Risikokommunikation für ältere Menschen“ vor. Die BfR-Mitarbeiterin erläutert, dass ältere Menschen eine immer größere und damit bedeutendere Zielgruppe für das BfR werden. Am BfR erfolgt die Kommunikation bislang über ältere Menschen, es gibt jedoch keine expliziten Kommunikationsformate, die sich an ältere Menschen richten. Das Ziel des Forschungsprojektes ist es, Empfehlungen für die Erstellung von Kommunikationsformaten für ältere Menschen ab 65 Jahren abzuleiten. Der methodische Aufbau der Studie verfolgt den Fokusgruppendifferenzansatz, themenspezifische Schwerpunkte sollen auf Nahrungsergänzungsmitteln und auf Lebensmittelhygiene liegen. Ferner sollen einige übergreifende Aspekte thematisiert werden, u. a. die Frage des Informationsbedürfnisses von älteren Menschen zu Themen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes.

Ein Mitarbeiter der BfR-Akademie stellt derzeit laufende und geplante Veranstaltungen für das Jahr 2019 vor. Es wird auf das BfR-Forum Verbraucherschutz zum Thema Mikroplastik Anfang Juni 2019 hingewiesen sowie auf das BfR-Forum Verbraucherschutz Generation 65+. Ferner wird das didaktische BfR-Pflanzenlabyrinth zum Thema Ei und Huhn angeführt. Das Pflanzenlabyrinth ist eine interaktive Veranstaltung mit Wissensabfragestationen, einem interaktiven Quiz sowie einem Lehrpfad. Zielgruppe sind insbesondere Schülerinnen und Schüler und Jugendliche, Lehrerinnen und Lehrer und Familien, die an einer spielerischen Gestaltung von BfR-relevanten Themen Interesse haben.

TOP 8 Festlegung der Themen für die nächste Sitzung

In der nächsten Sitzung soll die BfR-Stakeholderbefragung erneut aufgegriffen werden. Ferner äußern die Kommissionsmitglieder Interesse daran, das BMBF-Projekt bzw. das interne Drittmittelprojekt zum Thema Gesundheitskommunikation weiter zu beleuchten. Als weiterer

Tagesordnungspunkt wird der Wunsch geäußert, dass der Prozess rund um das Informationsfreiheitsgesetz einschließlich der rechtlichen Abwägungen und eventueller Verzerrungseffekte und die damit verbundene Kommunikation diskutiert werden sollten. Weitere mögliche Themenpunkte könnten das Risikoprofil 3.0 sowie ein Bericht zum Projektstatus Zielgruppe 60+ darstellen. Neben der thematischen Schwerpunktsetzung für die kommende Kommissionsitzung wird der Vorschlag vorgebracht, dass die Kommissionsmitglieder jeweils einen kurzen Überblick über ihre methodische Expertise leisten können.

Insgesamt wird der Bedarf geäußert, die Zeiten für die kommende Kommissionsitzung noch einmal zu überdenken. Gegebenenfalls wäre ein früherer Beginn und entsprechend ein früheres Aufhören sinnvoll.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Mitgliedern für ihre Teilnahme und schließt die Sitzung. Die nächste Sitzung der Kommission wird am 25. Oktober 2019 in Berlin stattfinden.